

Panelbericht: „Kulturtechniken des Entscheidens. Zur Handlungsmacht administrativer Medien und Dinge“, Lausanne, 10. Juni 2016, 4. Schweizerische Geschichtstage 2016.

*Verantwortung und Kommentar: Stefan Nellen*  
*Referentinnen: Ulrich Pfister, Delphine Gardey*

### **Bericht von: Michael Offermann, Universität Bern**

In seinem Einführungsvortrag skizzierte **STEPHAN NELLEN** die Gründe, sich mit der Geschichte des Entscheidens auseinanderzusetzen. Hervorgegangen war die Fragestellung aus der Arbeitsgruppe des Bundesarchivs, die sich seit etwa fünf Jahren intensiv mit der Schweizerischen Verwaltungsgeschichte auseinandersetzt.<sup>1</sup> Gestützt auf Niklas Luhmann machte Nellen die Verwaltung als denjenigen Teilbereich der Gesellschaft aus, der bindende Entscheidungen herstellt. Aus dieser Sicht sei die Verwaltung als Institution der Implementierung von Politiken und Gesetzen besonders relevant. Aus einer sozial- und kulturgeschichtlichen Warte sollte „Verwalten“ deshalb als distinkte soziale Praxis historisiert werden, wobei festgehalten wurde, dass es historisch unterschiedliche Kulturen des Entscheidens gegeben habe. Während in der Frühen Neuzeit weniger entschieden werden musste, sei die Moderne durch eine ausserordentlich hohe Bedeutung rationaler, durch Verfahren legitimierter Entscheidungen geprägt, sodass wir mittlerweile in einer „Entscheidungsgesellschaft“ (Uwe Schimank) lebten. Gefragt werden sollte daher, auf welche Weise Entscheidungen getroffen werden, wie sie durchgesetzt oder umgangen werden, auf welche Weise ihnen Dauerhaftigkeit verliehen wird, aber etwa auch, wie man sich der Pflicht des Entscheidens zu entziehen versucht. Dies führte Nellen zur Begründung des zweiten Teils des Paneltitels – „Kulturtechniken“ –, der sich auf die Arbeiten Friedrich Kittlers und Cornelia Vissmanns bezog. Kulturtechniken seien das, was medial vermittelt würde, womit den Medien und Dingen eine Handlungsmacht in Prozessen des Entscheidens zukomme. Zentrale Medien des Entscheidens seien vor allem die Akten, die konstitutiv für moderne Entscheidungsverfahren seien. Akten konstituierten ein Verfahren, an deren Ende eine Verwaltungsentscheidung getroffen werde. In einem Akteur-Netzwerk-theoretischen Verständnis gewannen Akten durch ihre Medialität auch selber Handlungsmacht, da sie Entscheidungen präfigurierten und handlungsformierend wirkten.

**ULRICH PFISTER** widmete sich in seinem Beitrag der Entstehung und Ausdifferenzierung von Politikfeldern seit dem späten 18. Jahrhundert. Im Gegensatz zu klassischen Entscheidungstheorien, die von voll informierten rationalen Entscheidern mit klaren Präferenzordnungen ausgehen, nimmt Pfister an, dass Entscheidungen immer kulturell gerahmt und nur begrenzt rational seien und in einem Zustand begrenzter Informationen erfolgten. Die Entwicklung von Politikfeldern seit dem späten 18. Jahrhundert sei demzufolge das Ergebnis eines selbstreflexiven und selbstre-

---

<sup>1</sup> <https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/service-publikationen/verwaltungsgeschichte.html>

ferentiellen Prozesses, in dem Gesellschaften die Effekte ihrer Entscheidungen beobachteten, um damit mit der Kontingenz von Entscheidungen umzugehen lernten. Notwendige Voraussetzungen dieses Prozesses seien (1) die hohe zwischenstaatliche Konkurrenz in Europa, die nachhaltiges Wirtschaften mit den eigenen Ressourcen und Machtmitteln nötig mache, (2) die Entdeckung der Offenheit und Gestaltbarkeit der Zukunft um 1800 (Reinhart Koselleck), (3) die Verfügbarkeit von Techniken der Erzeugung und Dokumentierung von Information wie etwa Statistiken, Berichten und Archiven sowie schliesslich (4) Techniken der Politikimplementierung und -beobachtung. Pfister stellte ein nur langsames Entstehen von Politikfeldern fest, was vor allem an dem „selbsterminierenden“ Charakter grosser politischer Reformen der Frühen Neuzeit gelegen habe. Erst die Transformation zu einer Marktgesellschaft im 19. Jahrhundert begünstigte das schnellere Wachstum zentralstaatlicher Institutionen, die entscheidend für den selbstreferenziellen Prozess waren, in dessen Folge sich die einzelnen Politikfelder ausdifferenzierten. Die historische Politikfeldanalyse ermögliche schliesslich eine langfristige Betrachtung der Entwicklung staatlichen Handelns in bestimmten Problembereichen und helfe, den „Wust an Einzelentscheidungen“ zu überblicken.

Die Bedeutung von Medialität für die Vorbereitung, Entstehung und Vermittlung von Entscheidungen stand bei **DELPHINE GARDEYs** Vortrag im Mittelpunkt, der sich mit der Institutionalisierung der französischen Nationalversammlung seit ihrer Gründung 1789 befasste. Sie fragte danach, auf welche Weise die Nationalversammlung mittels Verordnungen, Geschäftsordnungen, aber auch Gebäuden, Möbeln und Ritualen ihre Dauerhaftigkeit zu sichern suchte und wie diese aus einer „institution désincarnée“ eine soziale Realität machten. Diese Medialität sei auch deshalb von besonderer Relevanz, da sie nicht nur eine blosser Vermittlung der Nationalversammlung in die Gesellschaft bewirkten, sondern vielmehr auch die Prozesse des politischen Entscheidens innerhalb der Versammlung präfigurierten und beeinflussten.

In der Diskussion wurde besonders hinterfragt, ob die Konzeption einer modernen, rationalen selbstreflexiven Entscheidungsgesellschaft nicht zu sehr einer modernistischen Sicht verpflichtet sei. Vielmehr seien etwa Formen der Entscheidungsfindung durch Verfahren beispielsweise auch schon in der Alten Eidgenossenschaft zu beobachten. An bedeutenden Unterschieden zwischen vormodernem und modernem Entscheiden wurde jedoch festgehalten. Als vielversprechend für weitere Forschungen wurde schliesslich eine „doppelte Historisierung“ von Entscheidungen ausgemacht, die sich durch eine genaue Beobachtung sowie Mikroanalysen von Verfahren und Institutionen des Entscheidens auszeichne.

**Michael Offermann, Universität Bern**

### **Panelübersicht:**

Pfister, Ulrich: Ausdifferenzierung von Politikfeldern seit dem späten 18. Jahrhundert und Kulturen des Entscheidens

Gardey, Delphine: Culture matérielle et „forme de vie“ de la souveraineté parlementaire: le cas de l'Assemblée Nationale en France depuis la Révolution.